

Offene Worte

Online Nr. 197

Zeitung der LINKEN für den Barnim 12. Okt. 2022, 32. Jahrg.

Dabei sein:

DIE LINKE Brandenburg ist Teil des Bündnisses „Gerechtigkeit. Jetzt! Deshalb: Am Sonnabend zur Demo nach Potsdam fahren! 14 Uhr, Alter Markt.

Sebastian Walter, Landeschef der LINKEN: „Wir brauchen einen Gipfel mit Kommunen, Sozialverbänden, Verkehrsbetrieben, kleinen Unternehmen – die Krise trifft alle.

Und: Es braucht Mut, sich mit großen Konzernen und Vermögenden anzulegen. Ein Gaspreisdeckel von 7 Cent für Konzerne ab Januar und von 12 Cent für Privathaushalte ab März 2023 ist ungerecht.“

G! GERECHTIGKEIT. JETZT!

DEMO
15. Oktober - 14 Uhr
Alter Markt, Potsdam

Deckel drauf: Mittagsessen für Kinder

DIE LINKE im Brandenburger Landtag beantragt in dieser Woche: Kita-, Schul- und Hortessen: Elternbeitrag auf 2 Euro pro Essen beschränken

Die Elternbeteiligung am Mittagessen in Kita, Hort und Schule soll auf 2 Euro pro Essen begrenzt werden. Auf diesen Antrag der LINKEN im Brandenburger Landtag in dieser Woche verweist Kathrin Dannenberg, bildungspolitische Sprecherin.

Die Regelungen unterscheiden sich bisher in den Städten und Gemeinden Brandenburgs: Die Träger der Einrichtungen entscheiden über den Caterer, die Kommunen über den Zuschuss, den eine Stadt oder Gemeinde zahlt. Die Differenz zahlen die Eltern. Da werden die nun von den LINKEN geforderten 2 Euro Elternbeitrag inzwischen oft weit überschritten. „Die Träger bestimmen über Qualität und Preis des Essens“, erläuterte Dannenberg am 11. Oktober. Da gewinne oft der günstigste Preis, macht die Pädagogin

darauf aufmerksam, dass es immer wieder auch Probleme mit der Qualität des angebotenen Essens gibt.

Besorgniserregend findet DIE LINKE aber nun, dass es Aussagen von Caterern gibt, dass das Schulessen wegen der gestiegenen Lebensmittelpreise und Energiekosten bis zu 36 Prozent teurer werden könnte. „Wir müssen an die Kinder und Jugendlichen denken. Sie brauchen ein gutes Mittagessen, eine abwechslungsreiche Ernährung, wenn sie oft 6, 8, gar 11 Stunden in Kita, Hort oder Schule verbringen“, macht Dannenberg deutlich.

Obwohl es keine flächendeckenden Erkenntnisse darüber gibt, wie hoch die Zuschüsse der einzelnen Kommunen bisher sind, wagt DIE LINKE eine Kostenschätzung:

Sie rechnet mit einem Zuschuss durch das Land von 2,50 Euro pro Essen und rund 150.000 betroffenen Kindern und Jugendlichen. Damit würde sich der Zuschuss des Landes auf 84 Millionen Euro pro Jahr bemessen. DIE LINKE fordert einen pauschalen Zuschuss an die Kommunen und dann eine folgende Spitzabrechnung. „Vielleicht melden sich dann auch wieder mehr Kinder und Jugendliche zum Essen an“, hofft Dannenberg. Für das erste Quartal 2023 verlangt DIE LINKE zudem einen Stufenplan für die langfristige gemeinsame Finanzierung der Mittagessen für Kinder.

Um gezielter handeln und kalkulieren zu können, beantragt DIE LINKE zudem die Erstellung eines Kinder- und Jugendberichtes, der die soziale Lage ermittelt. **bc**

Bernauer LINKE hilft mit Beratung

Auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes der LINKEN Bernau am 8. Oktober machten die Mitglieder vor allem deutlich, dass es jetzt darauf ankommt, dass sich DIE LINKE aktiv in die politischen Auseinandersetzungen zur Bewältigung der vielfältigen Krisen in der Gesellschaft einbringen wird.

Stadtvorsitzende Dr. Hildegard Bossmann zählte im Rechenschaftsbericht des Stadtvorstandes die in diesem Jahr durchgeführten Initiativen auf: Vom Friedensmarsch im April, über den 1. Mai bis hin zur Unterstützung der Aktionen der mobilen Suppenküche.

Der wohl größte Erfolg des Stadtverbandes war aber zweifellos die gewonnene Bürgermeisterwahl, bei der André Stahl im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit wiedergewählt worden ist.

Fortgeführt werden soll der „Rote Salon“, der jeweils am 3. Mittwoch im Monat in der Geschäftsstelle durchgeführt wird und Möglichkeiten des Austausches zu aktuellen Problemen bietet. Dazu sind alle Interessenten herzlich eingeladen.

Im Bericht der Stadtraktion der LINKEN machte Dagmar Enkelmann deutlich, dass die Fraktion zum einen den Bürgermeister weiter in seiner Arbeit unterstützen wird, aber eben auch mit eigenen Anträgen die Stadtpolitik gestalten wird. So konnte durch die Fraktion die teilweise kostenlose Nutzung des Freibades Waldfrieden und der „Plansche“ durchgesetzt werden. Auch die Übernahme der Kita eines freien Trägers durch die Stadt wurde erreicht. Bei der Erarbeitung von Anträgen werden Fraktion und Stadtvorstand eng zusammenarbeiten.

Neben dem Aufruf, sich an der Demo des „Bündnisses für Gerechtigkeit“ am 15.10. in Potsdam zu beteiligen (siehe nebenstehend) wird DIE LINKE Bernau gemeinsam mit dem Kreisvorstand auch Möglichkeiten finden, Bürger:innen zum Beispiel bei Anträgen zu Wohngeldfragen zu unterstützen.

Wolfgang Krafczyk

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
16. Oktober 2022